

Zeitschrift: Der Friede : Monatsschrift für Friedens- und Schiedsgerichtsbewegung
Herausgeber: Schweizerische Friedensgesellschaft
Band: - (1908)
Heft: 21-22

Artikel: Wirren und Spannungen
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-802261>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Friede.

Offizielles Vereins-Organ des Schweizerischen Friedensvereins.

Sprechsaal der Friedensfreunde des In- und Auslandes

enthaltend das

Bulletin des Internationalen Friedensbureau in Bern.

Abonnementspreis per Jahr: In der Schweiz Fr. 2. — (für Mitglieder und Nichtmitglieder); im Weltpostverein portofrei Fr. 3. 60. Einzelne Exemplare à 10 Cts. **Inserate** per einspaltige Petitzeile 15 Cts., für Jahresaufträge nach Uebereinkunft. — Das Blatt erscheint am 20. jeden Monats in einer Doppelnnummer von 6—8 Seiten. **Redaktion:** Für den Vorort des Schweizerischen Friedensvereins, R. Geering-Christ, Eulerstrasse 55, Basel. — Einsendungen sind an letztere Adresse zu richten.

Annoncen nehmen die Haller'sche Buchdruckerei in Bern, sowie sämtliche Annoncenbureaux entgegen.

Inhalt: Motto. — Wirren und Spannungen. — Einige Gedanken zur Friedensarbeit. — Aufruf an die Völker. — Deutsch-englische Annäherung. — Das Schicksal des Kongo. — „Humanitätsdusel“. — Schweizerischer Friedensverein. — Verband appenzellischer Friedensfreunde. — Deutsche Friedensgesellschaft. — Lesefrüchte. — Verschiedenes. — Reklame.

Motto.

Zwei Wege liegen heute vor Europa offen; der eine führt zu endlosen Appellationen an die Schärfe des Schwertes und zur Verewigung jener Greuel des Krieges, die wir heute mit Entsetzen vor uns sehen; der andere zum Siege der Humanität und zur Begründung höherer Garantien für die Freiheit und Wohlfahrt der Völker als eine egoistische Staatskunst, gestützt auf Waffengewalt, sie je zu bieten vermöchte.

Friedrich Albert Lange, 1870.

Wirren und Spannungen.

Die politischen Ereignisse der letzten Wochen haben den Pazifisten reichen Anlass zu vielerlei Betrachtungen. Zuerst waren es die Ereignisse auf dem Balkan, die in unerwarteter Weise plötzlich neue Probleme vor die Lenker der Staaten stellten. Verträge, die wohl nicht für die Ewigkeit abgeschlossen waren, die aber unverbrüchlich zu halten waren bis zu dem Tage, da die an ihrem Abschlusse Beteiligten dieselben wieder lösten oder umgestalteten, wurden rücksichtslos gebrochen. Wir stehen vor der nackten Tatsache gebrochener Verträge! Mag nun unsere Sympathie noch so sehr nach der einen oder andern Seite der in Betracht kommenden Völkerschaften hineigen, so darf uns dies nicht im geringsten beirren in der absoluten Verurteilung dieser Vorgänge, sind sie doch ein Schlag ins Gesicht dem Prinzip der internationalen Justiz. Es kann für uns keinen andern Standpunkt geben, als denjenigen des energischen Protestes gegen eine Politik der Gewalt, in welcher Form sie immer aufzutreten wagt. Würden wir in diesem Falle uns auf die geringsten Konzessionen einlassen, so würden wir damit der Sache, die wir vertreten, das Todesurteil sprechen. Es hat auch dort im nahen Osten infolge dieser Ereignisse bereits eine unheilvolle Verwirrung Platz gegriffen, und es ist nur verwunderlich, dass die Fackel des Krieges in jenen Ländern nicht bereits aufgelodert ist. Die Scheu vor seinem Unheil hat bereits enorm an Boden gewonnen, dass bei aller Erregung dennoch die Selbstbeherrschung bis jetzt Siegerin geblieben ist. Schwer betroffen wurde neben der in einer Wiedergeburt begriffenen Türkei vor allem das serbische Nationalbewusstsein. Diesen Gefühlen gibt der Präsident der interparlamentarischen Gruppe Serbiens, Svet Nicolajevitch, früherer Ministerpräsident, in einem „Me-

morandum an die Mitglieder der interparlamentarischen Union und an alle, die sich mit internationalen Ereignissen beschäftigen“, beredten Ausdruck. Es wird darin nachgewiesen, wie Serbien und Montenegro, die sowieso stets von Oesterreich nach Kräften benachteiligt wurden, sowohl in bezug auf ihre intellektuelle und moralische als auch auf ihre ökonomische Entwicklung, durch die Annexion von Bosnien und der Herzegowina vollständig kaltgestellt sind und dass, falls Europa sich nicht mit seinem ganzen Ansehen der Raubpolitik Oesterreichs widersetze, diese Staaten einfach gezwungen seien, einen Kampf auf Leben und Tod zu wagen. Der Bevölkerung jener annektierten Länder selbst gegenüber hat sich Oesterreich einer beispiellosen Vergewaltigung schuldig gemacht, die dem Selbstbestimmungsrecht der Völker Hohn spricht.

Es ist unleugbar, dass hier im Balkan ein unheimliches Spiel mit dem Feuer getrieben wird. Hoffen wir, dass recht bald eine internationale Konferenz diesem Zustande der Spannung ein Ziel setze. Möge sie sich aber bei dieser Aufgabe leiten lassen von den ewigen Gesetzen des Rechtes, das nicht duldet, dass nationale Minderheiten von mächtigen Nachbarn vergewaltigt werden.

Dass auch die unheilvolle Marokko-Affäre immer wieder der Anlass zu Verwicklungen werden kann, hat der jüngste Casablanca-Zwischenfall gezeigt. Wie rasch loderten die nationalen Leidenschaften auf und wie gereizt geberdeten sich die beteiligten Regierungen und die betreffenden Völker. Das kleinste Missverständnis, unbedeutende Formfehler, begangen von Staatsbeamten, können noch zum Anlasse von gefährlichen Spannungen werden.

Aber wie heilsam zeigt sich in solchen Fällen das Rettungsseil „Schiedsgericht“ und wie notwendig die umsichgreifende Ansicht über das Unheilvolle einer blinden Selbsthilfe. Dieser Fall ist nach mehr als einer Richtung ungeheuer lernreich. Wir lesen darüber:

„Der Abschluss der französisch-deutschen Verständigung wurde in den Wandelgängen der französischen Kammer sehr günstig aufgenommen. Allgemein wird anerkannt, dass die Ereignisse dieser Tage eine bedeutsame Lehre gebracht hätten, nämlich die, dass selbst die scheinbar schwierigsten internationalen Anstände beseitigt werden können, wenn die beteiligten Regierungen bei ihren Unterhandlungen in gleicher Weise guten Willen an den Tag legen. Die

deutsche Regierung habe den französischen Standpunkt akzeptieren können, ohne ihre eigene Würde zu verletzen, da die Rechte Frankreichs nicht zu bestreiten waren. Die Verständigung sei ein Sieg des gesunden Menschenverstandes, und beide Länder könnten sich mit gleichem Recht darüber freuen.“

Die erlösende Formel lautete: „Die deutsche und die französische Regierung bedauern die Ereignisse, die sich in Casablanca am 25. September d. J. zgetragen und untergeordnete Organe zur Anwendung von Gewalt und zu ärgerlichen Tätlichkeiten geführt haben. Sie beschliessen, die Gesamtheit der hierbei entstandenen Fragen einem Schiedsgericht zu unterbreiten. In beiderseitigem Einvernehmen verpflichtet sich jede der beiden Regierungen, ihr Bedauern über die Handlungsweise ihrer Organe in Gemässheit des Spruches auszusprechen, den die Schiedsrichter über den Tatbestand und die Rechtsfragen abgeben werden.“

Die französische Presse zeigt nach diesem Ausgange der Sache eine vorbildliche Mässigung. Sie triumphiert nicht, sie spottet nicht, sondern sie zeigt sich als würdiger Sieger: Sie freut sich herzlich, dass Deutschland zur Einsicht gekommen ist, dass es in seinen Forderungen zu weit ging. Vielfach wird darauf hingewiesen, dass man die Kompetenzen der Herren Diplomaten etwas beschneiden und sich etwas williger zeigen solle, internationale Zwiste einem Schiedsgericht zu unterstellen. Ueberhaupt wird im allgemeinen den Regierungen der Rat gegeben, mehr auf die Stimmen ihrer Völker zu hören. Es sind nicht etwa nur sozialdemokratische Blätter dieser Meinung. Diesen Wunsch sprechen auch gut bürgerliche republikanische aus. So meint z. B. der oft offiziöse „Petit Parisien“: „Die glückliche Lösung des Casablanca-Zwischenfalles wird ein Markstein dieses neuen Geistes sein, welcher die Völker bewegt: den Triumph des Rechts und der Gerechtigkeit auf friedliche Weise zu suchen.“ Auf diesen friedlichen, vernünftigen Ton sind alle Blätter der Blockparteien gestimmt. Natürlich wird auch noch versucht, weiter zu hetzen. Das unter klerikalem Einfluss stehende „Echo de Paris“ wirft Deutschland vor, es suche immer die Tripleentente zwischen Russland, England und Frankreich zu stören. Der der gleichen Strömung angehörende „Eclair“ versucht der französischen Regierung noch einen Vorwurf zu machen, sie habe den Rapport des Kommissärs Borde zu lange verzögert; dieses Manöver sei sehr gefährlich gewesen. Aber das sind Ausnahmen: die übergrosse Mehrzahl ist der Ansicht, dass der Zwischenfall gute Lehren in sich schliesst. Man scheint nicht weit von der Meinung Jaurès entfernt zu sein, der geschrieben hat, Deutschland und Frankreich werden doch noch dazu kommen, sich vertragen zu lernen.

Von Bedeutung im allgemeinen und im besondern für den Weltfrieden sind diejenigen Erscheinungen, die sich als Folge des unglückseligen Kaiserinterviews, welches der Londoner „Daily Telegraph“ veröffentlichte, gezeigt haben. So gefährlich und anfechtbar sowohl diese Veröffentlichungen selbst als auch die durch dieselben ans Licht getretenen willkürlichen Handlungen des Herrschers sind, so zeigen sie doch, wie Wilhelm II. à tout prix den Frieden mit England zu erhalten wünscht. Die Wirkung war allerdings dem Wunsche durchaus nicht entsprechend, und die Nachwehen dieses einzig dastehenden Falles werden noch lange in der innern und äussern Politik Deutschlands fühlbar bleiben.

Schliesslich verdient noch der infolge des betrübenden Grubenunglückes in Hamm stattgehabte De-

peschenwechsel erwähnt zu werden, der einen Lichtstrahl der Hoffnung auf die vielen dunkeln Aussichten wirft. Wir lesen darüber:

Der Depeschenaustausch zwischen dem Präsidenten der französischen Republik und dem Kaiser anlässlich der Grubenkatastrophe bei Hamm hat in Deutschland wie in Frankreich einen guten Eindruck hervorgerufen. Ein offizielles Telegramm der „Köln. Ztg.“ aus Berlin lässt sich dazu also vernehmen: „Mit aufrichtiger Genugtuung und Freude nimmt man in Deutschland von den herzlichen Kundgebungen der Teilnahme Kenntnis, die von Frankreich anlässlich des schweren Unglücks in Hamm hierher gerichtet worden sind. Die offenbare Wärme und Aufrichtigkeit des Tons berührt hier sehr angenehm, nicht minder aber auch der wiederholt zum Ausdruck kommende Wunsch, dass die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland in Zukunft der Schärfe entkleidet sein mögen. Die Pariser Presse drückt dem Präsidenten Fallières für sein Beileidstelegramm an Kaiser Wilhelm ihre vollste Zustimmung aus. Damit hat er, schreibt u. a. Henry Bérenger in der „Action“, das leidige Missverständnis der letzten Wochen abgeschlossen und vielleicht auch die Ära der wahren Beschwichtigung eröffnet. Herr Fallières hat sich erinnert, dass nach der Katastrophe von Courrières die Bergleute Deutschlands denen Frankreichs die Hand boten und sich dadurch selbst geehrt. Indem die parlamentarische Gruppe des internationalen Schiedsgerichtes eine Sympathieadresse an die deutschen Bergleute beschloss, gesellte sie das französische Parlament dem Präsidenten der Republik bei. So sind es die berufenen Vertreter unserer nationalen Demokratie, ihre Gewählten und ihre Führer, welche dem trauernden Deutschland die stolze Sympathie des arbeitenden Frankreichs bezeugen. Wir hegen die Zuversicht, dass die öffentliche Meinung Deutschlands den menschenfreundlichen Schritt Frankreichs mit gleicher Sympathie aufnehmen wird. Haben doch zwei grosse arbeitsame und gebildete Demokratien Besseres zu tun, als ihre Arbeitsfelder in Schlachtfelder umzuwandeln. Sie ehren sich mehr, indem sie vereint trauern und streben, als indem sie einander grollen und zum Unheile der westeuropäischen Zivilisation vernichten.“

Alles, was wir kurz beleuchtet haben, zeigt uns einerseits, dass die Zeiten ernst sind und dass Entwicklungsmöglichkeiten in Hülle und Fülle vorhanden sind. Andererseits sehen wir vielen redlichen Willen zur Vermeidung ernstlicher Konflikte und ein wachsendes Verständnis für schiedsgerichtliche Erledigung von Differenzen. Bald kann es soweit sein, dass eine dankbare Welt dem Pazifismus huldigen wird, diesem Erlösungswerk, dessen Vorkämpfer noch vor wenigen Jahren als einfältige Schwärmer verlacht wurden. Einstweilen aber gilt es für uns zu wachen und zu kämpfen für den Sieg unserer Sache; es ist viel, viel gefährlicher Zündstoff angehäuft, und die alten Vorurteile sind noch weitverbreitet. G.-C.

—o—

Einige Gedanken zur Friedensarbeit.

Von Eugen Lennhoff, Zürich.

III. Konsequenz.

Wir Pazifisten stehen in einem schweren Kampfe! Gross sind die Hindernisse, die sich uns in den Weg stellen, und schwer sind sie zu überbrücken. Wohl eines der grössten davon sind die antimilitaristischen Strömungen. Denn die Leute, die un-